



Perspektive
Berlin-Brandenburg

Perspektive Berlin-Brandenburg e.V.

Auf richtigem Weg

Berlin-Brandenburg hat eine Perspektive

Berlin, im Oktober 2009

Einleitung

Es wurde lange diskutiert, nachgedacht, geforscht, argumentiert: ... ist an dem Thema „Vereinigung der beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg“ überhaupt „Humus“ dran ...? Gemeint war damit die Skepsis vieler politischer Meinungsäußerungen, dass sich dafür jetzt und auch künftig keine Meinung findet. Differenzierter war die Meinung der Brandenburgischen Landesregierung: Nicht in den nächsten 5 Jahren, aber auf mittelfristigem Zeitraum von 5 – 10 Jahren bleibt das Thema auf der Agenda.

Jetzt hat es eine Zäsur gegeben: Perspektive BerlinBrandenburg e.V. (PBB) hatte die Projektgruppe 5 BLICKWINKEL (Studiengang Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation der Universität der Künste Berlin) unter Betreuung von Prof. Volker Riegger beauftragt, einen Meinungsstand insbesondere in Brandenburg zu diesem Thema zu erforschen, und gegebenenfalls Vorschläge zu machen, wie ein öffentlicher Diskurs zu diesem Thema in Gang zu bringen ist. Die Ergebnisse dieser Arbeit liegen vor und zeigen, dass PBB „auf richtigem Weg“ ist.

Wir hatten uns für unsere Arbeit **drei Etappen** vorgenommen.

Erste Etappe:

Erkenntnis, ob „Humus“ am Thema ist, das heißt: Besteht überhaupt im Ansatz Aufgeschlossenheit/Interesse/Zustimmung zum Thema „Vereinigung Berlin-Brandenburg“? Die Forschungsgruppe hat herausgefunden, dass dies so ist: dass die Mehrheit der Menschen sieht in dem Thema eine wichtige Zukunftsfrage.

Deshalb folgt für PBB nun die

Zweite Etappe:

Durchführung derjenigen Untersuchungs- und Analysearbeit, die in den unterschiedlichen Segmenten von Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft, Sozialwesen, Kirchen, Wissenschaft – Forschung – Bildung, etc. notwendig sind: Nur wenn die für die Angehörigen dieser einzelnen „Segmente“ relevanten Fragen diskutiert und beantwortet sind wird sich zeigen, ob die Unternehmen/Verbände/Bürger ihre Fusionsentscheidung so oder so treffen. Es ist also „Zukunftsarbeit“ zu machen. Dieser – ergebnisoffene – Diskurs soll aufklären, ob und wo das „Delta“ erkennbar ist: was hat für die Zukunft „Gewicht“ und ist nur auf der Basis der Vereinigung der beiden Bundesländer „zu stemmen“.

Dritte Etappe:

Wenn der heute noch ergebnisoffene Diskurs dazu führt, dass sich Berlin und Brandenburg gemeinsam aufstellen, dann können die vielleicht wichtigsten Ge-

spräche beginnen: Die Verhandlungen mit dem Bund und den Bundesländern zu der Frage „Wie sieht nach Auslaufen des Solidarpaktes nach 2019 das Finanzgeflecht zwischen dem Bund und den Bundesländern und der Bundesländer untereinander andererseits aus?“ Wie wird dem Solidargedanken der Verfassung und dem derzeit geltenden Finanzausgleichsgesetz (FAG) Rechnung getragen? Wie können sich Berlin und Brandenburg dabei positionieren?

I. Erste Etappe

Die I. Etappe ist abgeschlossen. Nach den vielen Diskussionen und internen Untersuchungsarbeiten hat die Forschungsgruppe 5 BLICKWINKEL ihren Projektbericht vorgelegt. Daraus ergeben sich im Rahmen der Sekundärforschungen (Befragungsergebnisse, die erhoben wurden) und der Primärforschung (direkte Befragung beteiligter Bürger, Unternehmen, Multiplikatoren, etc.) folgende Ergebnisse:

in Brandenburg:

- * befürworten 17 % eine „schnelle Fusion“, 38 % befürworten eine Fusion in ungefähr 10 Jahren

Das heißt Befürworter insgesamt 55 %.

in Berlin:

- * Befürworter der schnellen Fusion: 29 %, Befürworter innerhalb der 10 Jahre ein gemeinsames Land zu bilden: 37 %

Das heißt Befürworter insgesamt: 68 %

(Datenerhebung der renommierten Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa) für: Berlin-Brandenburg-Bus 2008: Die Haltung der Bevölkerung zur Fusion von Berlin und Brandenburg 2000-2009)

Die Grafiken in der Anlage zeigen die Details.

Diese Grafiken machen deutlich: Die Zahl der Befürworter einer schnellen Fusion hat in beiden Teilen der Gesamtregion (Berlin-Brandenburg) abgenommen. Dagegen ist die Zahl der Befürworter einer Fusion innerhalb von 10 Jahren gestiegen. Insgesamt ergeben sich aber über den Beobachtungszeitraum von 8 Jahren stabile Mehrheiten, so dass auch „im Trend“ nicht zu erwarten ist, dass sich „der Humus wieder verflüchtigt“.

Bei der Wirtschaft ist die Zustimmungsquote noch deutlicher: Eine grafische Übersicht zeigt dieses. 84 % der Unternehmen in der Region haben schon „nachbarschaftliche Beziehungen in Form von Niederlassungen, Zweigbetrieben, Kooperationen, etc.. Bei den Unternehmen sind 76 % im Schnitt der Gesamtregion für eine Fusion.

Das erste Etappenziel ist erreicht: Nach Meinung der Mehrheit der Bevölkerung (in der sich eben auch die Meinung der Angehörigen der verschiedenen Segmente von Kultur, Gesellschaft, Sozialwesen, Kirchen, etc. widerspiegelt) ist die Mehrheit der Bevölkerung und der Wirtschaft dafür.

II. Zweite Etappe

1. Öffentlicher Diskurs

Der von PBB in Auftrag gegebene Forschungsbericht weist darauf hin, dass das in Gang setzen eines öffentlichen Diskurses bisher durch folgendes erschwert wurde bzw. an folgendem gescheitert ist:

* Informationsdefizit:

Es fehlen Informationen zur Region, zu bestehenden Kooperationen, Gemeinsamkeiten und den praktischen Vorteilen einer möglichen Fusion.

* Gemeinschaftsdefizit:

Die Region wird „zusammen betrachtet“, jedoch nicht „zusammen erlebt“.

In diesem Themenzusammenhang ist auf den Vortrag von Prof. Dr. Schlögl (Preisträger 2009 der Leipziger Buchmesse für Europäische Verständigung) anlässlich der Mitgliederversammlung von PBB am 21.04.2009 zu verweisen:

„Berlin und Brandenburg: Beobachtungen eines aufmerksamen Zeitgenossen“

(www.perspektive-bb.de - Aktuelles - Veröffentlichungen)

* Glaubwürdigkeitsdefizit:

Es fehlt an glaubwürdigen Befürwortern und „Machern“ einer gemeinsamen Zukunft. Es besteht eine große Skepsis gegenüber politischen Versprechungen.

Es wird klar, welches die Aufgaben seien müssen, die in den nächsten Jahren zu bewältigen sind, um auf der Basis des Forschungsberichtes einen öffentlichen Diskurs in Gang zu bringen.

1.1 Argumente

Auf den unterschiedlichsten Gebieten von Gesellschaft, Kultur, Kirchen, Sozialverbänden, Wirtschaft, etc. sind unterschiedliche Pro- und Kontra-Argumente zu sammeln und zu gewichten.

Dabei sollte allen Argumenten eine „Grundstruktur“ zu Grunde liegen.

* Aufgabenverteilung:

Von vornherein sollte klar sein, dass Berlin sich darauf konzentriert, Hauptstadt von Deutschland zu sein (und die zur Ausfüllung dieser Funktion notwendige „Ausstattung“ zu gewinnen: Hierüber gibt es ja gesonderte Brain-Storming-Runden im Rahmen der Arbeit der „Stadtgespräche“ und der „Stiftung Zukunft Berlin“.); in der Region ist Berlin eine kreisfreie Stadt in einem Land Berlin-Brandenburg, das von Potsdam aus regiert wird. Im Zuge des Diskurses der zweiten Etappe müssen aber diejenigen Regelungen angesprochen werden, die im Verhältnis zwischen dem Bundesland und der Hauptstadt erforderlich sind, um die zur Funktionstätigkeit und zum Schutz der spezifischen Hauptstadtfunktionen auf verschiedenen Gebieten erforderlich sind (Baurecht, Sicherheit, Strukturen, Kultur, etc.).

* Finanzen:

Es sollte zu Grunde gelegt werden, dass im Zuge der Finanzverhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Neuordnung des Finanzausgleiches – die ab 2019 anstelle des dann auslaufenden Solidarpaktes treten soll – eine zufrieden stellende Regelung der finanziellen Fragen gefunden wird (Schuldenproblematik Berlin, Stadt-Staaten-Privileg, „Fusionsprämie“ (die von den Vorsitzenden der Föderalismuskommission immer wieder ins Gespräch gebracht wurde) – und natürlich auch die Finanzausstattung für die Zukunft interessengerecht abgesichert wird: Den Beginn des Diskurses zum Vereinigungsthema von einer Lösung dieser Finanzfragen abhängig zu machen, stellt die Zusammenhänge auf den Kopf – diese Fragen lassen sich nur im Konsens mit dem Bund und den anderen Bundesländern im Rahmen der Finanzverhandlungen lösen, die schätzungsweise 2016 beginnen. Es ist daher wichtig, dass Berlin und Brandenburg bis 2016 wissen, ob sie sich für diese Finanzverhandlungen „gemeinsam aufstellen“, das heißt als „künftig gemeinsames Land“ (mit dann ca. 6 Mio. Einwohnern und einem „Gewicht“ wie das Bundesland Hessen) diese zukunftsentscheidenden Verhandlungen führen.

Am Beispiel der vielen Unternehmen/Organisationen mit besonderem Fokus auf das Thema Berlin-Brandenburg wird die Aktualität des Themas Vereinigung deutlich: Diese Wirtschaftsunternehmen/Organisationen sind der-

zeit auf einem einheitlichen Gebiet tätig, das aber in zwei unterschiedliche Bundesländer, unterschiedliche Landesgesetze, unterschiedliche Verwaltungsstrukturen, etc. zerfällt. Die inzwischen insoweit staatsvertraglich vereinbarten Kooperationen sind zwar vielfältig (z. B. Landesplanung, Verwaltungs- und Finanzgerichte, Entwicklung, Verkehr, etc. – im einzelnen siehe unten) – ändern aber nichts an der bestehenden Grundproblematik, dass es an einer einheitlichen „Steuerung“ in der Region fehlt, um das Optimum zu erreichen, die Attraktivitäten optimal zu bündeln, etc. Die Möglichkeiten der Intensivierung und Förderung auf einem – echten – gemeinsamen „Markt“ (ohne Trennung durch Ländergrenzen) sind vielfältig. Dies gilt z. B. für

- Markt und Metropole
- Verkehrsverbund Berlin Brandenburg
- Gemeinsame Landesplanungsabteilung für Berlin und Brandenburg
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Berlin und Brandenburg
- Flughafen BBI
- Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH
- Philologenverband Berlin Brandenburg e.V.
- BioTOP Berlin-Brandenburg
- Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
- Verband der Metall- und Elektroindustrie in Berlin u. Brandenburg e.V.
- uvm. (eine vollständige Auflistung der staatsvertraglichen Kooperationen sh. www.perspektive-bb.de).

1.2 Mosaik-Bausteine

Der öffentliche Diskurs soll vor allem das Informationsdefizit beseitigen durch die Erkenntnis – wie verflochten die Region schon ist – , das Gemeinschaftsgefühl stärken und die Frage zur Diskussion stellen, ob eine Vereinigung beider Bundesländer die Interessen und Zukunftschancen von Wirtschaft und Gesellschaft noch besser fördern kann.

Ziel des Diskurses soll dabei sein, dass sich die Wünsche, Interessen und Argumente der verschiedenen „Segmente“ zu einem „Gesamtbild“ fügen, aus

dem dann eine Entscheidung zur Fusionsfrage leichter abgeleitet werden kann. Der öffentliche Diskurs soll weiter dazu führen, dass alle „mitgenommen werden“, denen das Thema der Vereinigung eine wichtige Zukunftsfrage ist, auf die es die „richtige Antwort“ zu finden gilt.

Hier müssten die „Mosaik-Bausteine“ einfließen von

Nr.	Sachgebiet/Ansprechpartner	Experte
(1)	Bildung <ul style="list-style-type: none"> - Schulen - Bildungseinrichtungen - Fort- und Weiterbildung 	...
(2)	Wissenschaft <ul style="list-style-type: none"> - Universitäten - Fachhochschulen - Wissenschaftseinrichtungen 	...
(3)	Forschung und Entwicklung <ul style="list-style-type: none"> a) Wissenschaft <ul style="list-style-type: none"> - Institutionen - Anwender b) Forschungsdienstleistungen 	...
(4)	Kultur <ul style="list-style-type: none"> - Repräsentanten - Instititonen - Künstler 	Prof. Siegfried Matthus
(5)	Wirtschaft und Handwerk, Banken und Sparkassen <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen - Kammern - Verbände a) Wirtschaft <ul style="list-style-type: none"> - UVB - IHks Cottbus, Frankfurt/O, Cottbus, Berlin - Unternehmen 	...

- b) Handwerk ...
 - Handwerkskammern Brandenburg u. Berlin
 - Verbände
 - Handwerksbetriebe
 - c) Banken ...
 - d) Sparkassen Brandenburg, Berlin, OSV ...
- (6) Gesundheit ...
 - a) Institutionen; Krankenhäuser, ärztliche Leistungen
 - b) Gesundheitswirtschaft
- (7) Informations- und Kommunikationstechnologie ...
- (8) Unternehmens- und Forschungsdienstleistungen ...
 - a) Logistik
 - b) Steuertechniken
 - c) Personen-Dienstleistungen
- (9) Maschinenbau, Fahrzeugbau, etc. ...
- (10) Kreativwirtschaft ...

Die Branchen in den Segmenten (6) bis (10) sind gekennzeichnet durch eine hohe Integration in den Weltmarkt, das Angebot wirtschaftsrelevanter Technologien und die im hohen Maß mögliche Bereitstellung von Produkt- und Prozessinnovationen auf Grund ihrer Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Bundesweit arbeiten in diesen Branchen bereits 30 % der Arbeitnehmer. Sie qualifizieren Berlin nach dem Zukunftsatlas Branchen 2009 (Prognos-Institut) in der „Liste der Besten“ nach der Freien und Hansestadt Hamburg als Nr. 2 (mit einem

Gesamtindex von 52,47).

- | | | |
|------|---|-----|
| (11) | Landwirtschaft | ... |
| | - Verbände | |
| | - Betriebe | |
| (12) | Arbeitsmarkt | ... |
| | - Arbeitsagenturen | |
| | - Personalabteilungen | |
| (13) | Sozialwesen | ... |
| | - Träger von Sozialeinrichtungen | |
| | - Sozialverbände | |
| | - Organisationen | |
| (14) | Jugend | ... |
| | - Jugend-Beirat von PBB (sh. unten) | |
| | - Jugendorganisationen | |
| | - Jugendverbände | |
| (15) | Kirchen | ... |
| | - Kirchenverwaltung (Ansprechpartner Dr. Zeitz) | |
| | - Kirchengemeinden | |
| (16) | Sport | ... |
| | - Verbände | |
| | - Vereine | |
| (17) | Kommunen und Landkreise | ... |

Die Reihenfolge ist nicht gewichtet. Jede andere Art der Gliederung oder auch Hinzufügung oder Zusammenlegung von einzelnen „Segmenten“ kann diskutiert werden.

2. Organisation des Diskurses

(1) Kommunikation

Es soll in angemessenen Abständen per E-Mail informiert werden

- * ein großer Empfängerkreis: über das Mosaik-Thema und Benennung des Experten
- * ein spezifischen Empfängerkreis/Ansprechpartner zu: dem jeweiligen Segment mit konkreten Fragen

- * jeweils IT-technisch vorbereitet mit Antwortmöglichkeiten und einem Code-System für eine transparente und kontinuierliche Erfassung und Auswertung der Antworten.

Die Verbreiterung der Kommunikation über die ca. 5.000 Adressen von PBB hinaus soll dadurch erfolgen, dass verschiedene Institutionen/Organisationen zugesagt haben, die entsprechenden Sendungen auch an ihre jeweiligen Mitglieder weiterzugeben. Die E-Mail-Organisation ist aber so aufgebaut, dass folgende Möglichkeiten bestehen

- für die Empfänger: Fragen zu beantworten, zu kommentieren, Hinweise zu geben etc.
- für den Diskurs: das Antworten, etc. entsprechend den Stichpunkten/Segmenten gesammelt und geordnet werden
- dass für jedes der „Segmente“ ein „Experte“ bereit ist, in angemessenen Abständen die Fragen/Antworten zu sichten/zu gewichten unter dem Thema „Interessenwahrung, Zukunftschancen“
- dass PBB in der Lage ist, die „Clicks“ und sonstigen Internetreaktionen bei diesem Mail-Verkehr zu erfassen
- dass aber auch jeder Empfänger dieses jeweiligen Mails in der Lage ist, sich durch Knopfdruck aus dem Kommunikationsprozess „abzumelden“.

(Wo in Ausnahmefällen keine Mails möglich sind, muss notfalls auch per Hand versandt werden.)

(2) Auswertung

Im Interesse der Glaubwürdigkeit sollen für das jeweilige „Segment“ Experten um ihre Hilfe gebeten werden, die im Land hohe Reputation genießen, deren Sachkunde gegeben ist und die auf diese Weise den öffentlichen Diskurs glaubwürdig gestalten.

Diese „Experten“ könnten sich dann zu einem

„Rat der Weisen“

organisieren, um die für ihr jeweiliges Segment gefundenen Abwägungskriterien in Beziehung zu setzen zu den Überlegungen der Experten der anderen Segmente, um auf diese Weise dann letztlich zu einem „Ergebnis“ zu kommen.

Sinn dürfte machen, dass der „Rat der Weisen“ einen „Vorsitzenden“ (und zwei Stellvertreter, etc.??) erhält, damit die Dinge auch koordiniert werden und organisatorisch zusammenlaufen.

Als „Beisitzer“ sollte PBB funktionieren, damit die technischen Organisationsprozesse des Diskurses jeweils fehlerfrei laufen.

(3) Zeitablauf

Der Diskurs wird nach meiner Einschätzung ca. 2,5 Jahre in Anspruch nehmen.

In regelmäßigen Abständen (anfangs alle 6 Monate, und dann alle 3 Monate?) ist das Argumentationsmaterial zu sichten und zu ordnen und dem „Expertenrat“ (20 Weisen siehe oben) vorzulegen.

3. Organisation/Finanzierung

Es muss der ganze Prozess organisiert und finanziert werden: Dabei ist darauf zu achten, dass wirklich die „Unabhängigkeit“ des Diskurses als „Bürgerinitiative“ gewahrt bleibt. Finanzielle Abhängigkeiten (wenn z. B. das notwendige Budget allein von der Wirtschaft erbeten – oder allein von der öffentlichen Hand bereitgestellt würde) – könnten den Verdacht begründen, dass hier doch durch die sich daraus ergebenden Abhängigkeiten auch Interessen gelenkt werden, die dem Gedanken der Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit nicht entsprechen.

Eine in diesem Sinne die Unabhängigkeit bestätigende Finanzierungsstruktur ist daher anzustreben. Vor dem Ergebnis der Wahlen am 27.09.09 wird hierzu eine definitive Antwort nicht zu erwarten sein.

Es ist aber davon auszugehen, dass mit den öffentlichen Händen eine konstruktive Diskussion zu diesen Überlegungen geführt werden kann: Eigentlich ist ja die Erforschung von so relevanten Zukunftsaufgaben Sache der jeweiligen Regierung – diese ist umso drängender, wenn derart relevante Mehrheiten diese Frage nicht nur für wichtig halten, sondern auch einen Vollzug innerhalb einer mittelfristigen Zeit erwarten. Auf der anderen Seite sollte die Unabhängigkeit der Bürger gewahrt bleiben. Möglicherweise gibt es dann Formeln, dass die öffentlichen Hände die Bürgerbewegung so unterstützen, dass sie ihre Arbeit unabhängig tun kann.

Die Landesregierung Brandenburg hat ja dabei einen ganz realistischen Standpunkt eingenommen: Innerhalb der nächsten 5 Jahre keine Fusion, danach bleibt das Thema für den Zeitraum bis 10 Jahren auf der Agenda. Dies entspricht ganz den Erkenntnissen von PBB: Die nächsten 5 Jahre wird Kommunikations-Arbeit erforderlich sein.

III. Dritte Etappe

Für die Erreichung eines Ergebnisses müssen drei Säulen stehen:

(1) **„Die Menschen“** (dies schließt Wirtschaft, Kultur, Soziales, Kirchen, etc. ein): Sie müssen zum „rechtserheblichen Zeitpunkt“ die Vereinigung wollen.

(2) **Die Landesregierungen und Landesparlamente:** ohne sie geht es nicht. Eine Befragung der Bevölkerung zu einem verfassungsändernden Entwurf von unzähligen Artikeln war ja 1996 ein Grund dafür, dass viele Menschen die Übersicht verloren und entweder den Abstimmungen fernblieben oder dagegen waren. In der Kommunikation muss klar sein, was gemeint ist, den Bürgern muss dieses Problem bewusst sein – und sie müssen darauf vertrauen, dass Landesregierung und Landesparlament die richtigen und interessewahrenden Schritte tun und Entscheidungen vorbereiten. Dies sollte dann auf einer Volksbefragung zusteuern in der Art: Grundsätzlich ja/nein (evtl. unter Auflagen); Auftrag an die beiden Landesparlamente zur Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung unter Berücksichtigung von gleichen Stimmengewichten von Berlin und Brandenburg.

(3) **Der Bund:** Aus Diskussionen und Beschlüssen im Zusammenhang mit den Föderalismuskommissionen I und II weiß man, dass eine entscheidende Hauptaufgabe noch darin besteht, dass sich Bund und Länder einerseits und die Länder untereinander darüber verständigen, wie zukünftig die Finanzbeziehungen aussehen sollen, die bisher im Finanzausgleichsgesetz (FAG) geregelt sind. Mit Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahre 2019 wird hier eine Gesamtregelung erforderlich, die auch angestrebt ist. Man kann nur spekulieren – aber nach den Erfahrungen gehen wir davon aus, dass eine solche Diskussion im Jahre 2015/2016 im Hinblick auf das Ziel ihrer Beendigung/Ergebnis des Jahres 2019 beginnt.

Bis dahin müssen Berlin und Brandenburg wissen, „wie sie sich aufstellen“ – als „gemeinsames Bundesland in spe“ mit dem Gewicht, dass auf ihrem Territorium die Hauptstadt liegt und 6 Mio. Menschen dieses Land ausmachen (und damit ein Gewicht, was große Bundesländer wie z. B. Hessen, etc. auch nicht stärker einbringen) – oder ob sie getrennt ihre Interessen verfolgen.

- * Aus diesem Grunde muss die Zeit bis zum Jahr 2019 intensiv genutzt werden: Die Zukunft hängt sicherlich auch davon ab, ob die auch noch auf die nächsten Jahre zu erwartenden Strukturdefizite in Teilen Brandenburgs einerseits, ob die Unterstützung der Hauptstadt andererseits, ob die Lösung der Schuldenprobleme insbesondere in Berlin zum Dritten so im Kontext mit Bund und den anderen Bundesländern geregelt werden können, dass das „gemeinsame Bundesland in spe“ einer geordneten und gesicherten Zukunft entgegen sieht.

Deshalb hat die Projektgruppe 5 BLICKWINKEL auch als maßgeblichen Slogan für die weiteren Aktivitäten vorgeschlagen

2019 beginnt heute.

Bis zum Jahre 2015 (Arbeitszahl!) müssen also die Länder wissen, ob sie sich gemeinsam aufstellen, das heißt: bis dahin müssen alle das „Innenverhältnis“ betreffenden Fragen ausdiskutiert, geklärt und einer Grundsatzentscheidung zugeführt worden sein.

IV. Jugend

Wenn man sich – im Positiv-Falle – einmal die Zeitachse vor Augen hält: Fusionsentscheidung nicht vor 2018/2019, dann Umsetzungsphase (10 Jahre??), dann sind ca. 15 bis 20 Jahre vergangen.

Das bedeutet, dass wir jetzigen Akteure von dem Thema und der Zukunftsfrage „Vereinigung“ eigentlich gar nicht mehr betroffen sind.

Betroffen ist die Jugend im Alter von 15 bis 20 Jahren (und natürlich auch darüber hinaus):

- * Es ist ihre Zukunft, die sie mitgestalten sollten.
- * Wir Älteren haben der jungen Generation ohnehin in Form von Schulden, etc. schwere Hypotheken hinterlassen.
- * Die Jugend muss daran mitarbeiten, dass für den Aufbau des Landes auch Köpfe, Eliten und die besten Kräfte zur Verfügung stehen.

- * Sie soll an der Gestaltung des Prozesses mitwirken, um auch die Zusammenhänge zu erkennen und deswegen auch zu lernen, wie in einem solchen Fall am besten abzuwägen, vorzugehen und zu entscheiden ist.

Bei PBB soll deshalb in einer Mitgliederversammlung in einer Satzungsänderung darum gebeten werden, einen „Jugendbeirat“ zu bilden, der mit jungen Leuten besetzt wird.

Den Auftakt zur Zusammenarbeit mit der Jugend werden Dieter Hütte (Geschäftsführer Tourismus-Marketing-Brandenburg) und der Vorstand von PBB mit mehreren Gymnasiasten aus dem evangelischen Gymnasium Potsdam machen. Hier wird sich schnell berichten lassen, wie die jungen Leute ihre Aktivitäten sehen bei folgenden Feldern:

- * Entwicklung, Engagement und Aufgabenwahrnehmung durch den „Jugendbeirat“
- * Fortführung des Projektes „Schülerzeitungen“

In einem Brief vom 07.09.09 an Dieter Hütte habe ich klargemacht, worin die Bedeutung dieses Prozesses für die Jugend liegt: Es ist vor allem deren Zukunft, um die sich die Vereinigungsfrage „dreht“; nur die Jugend kann die Fragen so stellen und ordnen, dass sie unbefangen und neugierig in dem Sinne auf den Tisch gelegt werden, eine „bessere Welt“ zu schaffen; die Erwachsenen schicken ja jede Idee immer durch ihre Filter (Lebenserfahrung, Rechts-/Wirtschaftserfahrung, etc.) – und kommen dann schon in der Anfangsphase zu dem Ergebnis, „... das geht nicht ...“. Im Hinblick auf die Bedeutung der Fragestellung für die Zukunft der Region muss hier mit größter Unbefangenheit an die Fragen herangegangen werden. Diese Unbefangenheit – und das Bewusstsein, dass die Jugend das Thema im Interesse der eigenen Zukunft begleiten muss – werden dem Diskurs entscheidende Impulse geben.

V. Zusammenfassung

Wenn die Säulen 1 und 2 (Menschen, Regierungen der Länder) „stehen“, dann muss die Säule „Bund“ errichtet werden. Hierzu sind komplizierte Verhandlungen erforderlich, bei denen sich auch sicherlich die Interessen hart im Raum stoßen werden. Die dritte Etappe kann immer noch ein „Dealkiller“ sein – sie aber anzusteuern macht keinen Sinn, wenn nicht vorher auch die Etappe zwei erfolgreich abgeschlossen wurde: Beide Länder müssen wissen, ob sie sich gemeinsam aufstellen und dann mit größerem Gewicht ihre finanziellen Interessen gemeinsam vertreten.

Aus alledem wird noch einmal wichtig, weswegen das Motto

2019 beginnt heute.

richtig und von großer Bedeutung ist: Es müssen jetzt in der 2. Etappe eine Vielzahl von Arbeiten geleistet werden, damit ein öffentlicher Diskurs auch tatsächlich stattfindet und sachlich unterlegt ist. Dafür tickt die Zeit. Wenn die Etappe 3 beginnt und die Etappe 2 nicht abgeschlossen ist oder abgeschlossen werden kann, dann müssen sich alle Verantwortlichen fragen, ob die dann getrennt bleibenden Länder in der Phase 3 gleichwohl optimale Ergebnisse bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen auf Bundes- und Landesebene erreichen.

Jeder muss sehen, dass von Tag zu Tag die Losung mehr zutrifft

Berlin-Brandenburg: Gemeinsam stärker.

Dr. Werner Martin
Vorstandsvorsitzender

Wir sind zu so vielen Punkten auf Hilfe angewiesen, dass wir nur bitten können, sie auch zu gewähren:

Bitte lassen Sie uns wissen, ob Sie Interesse an einer gemeinsamen Region Berlin-Brandenburg haben. Wir würden dann mit Ihnen Kontakt aufnehmen und vielleicht in einem persönlichen Gespräch Fragen beantworten und auch die Frage ausloten, ob Sie vielleicht Engagement aufbringen können, um unsere Arbeit im Interesse einer gemeinsamen Zukunft zu unterstützen.

Sie erreichen uns:

Perspektive Berlin-Brandenburg e.V.
Wallstraße 16
10179 Berlin

Tel.: 030 / 89 69 06 14

Fax: 030 / 89 69 06 20

Mail: perspektivebb@googlemail.com

www.perspektive-bb.de